

0.4 – Personalvertretung

Interessenvertretung der Beschäftigten der Stadtverwaltung und den Technischen Betrieben Offenburg.

Organisation und Betreuung sozialer Angebote für die Beschäftigten.

Eine qualifizierte Vertretung, die Beratung und Information der Beschäftigten ist Schwerpunkt der gesamten Personalratsarbeit.

Dazu gehören neben Beratungsgesprächen, regelmäßige Gespräche mit der Verwaltungsspitze, der Betriebsleitung der Technischen Betriebe Offenburg (TBO), sowie den jeweils Zuständigen der Fachbereiche oder Abteilungen Personal und Organisation.

Die Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsbeauftragten, der Vertretung der Schwerbehinderten und der Jugend- und Auszubildenden-Vertretung (JAV) ist eine weitere Aufgabe der Personalratsarbeit.

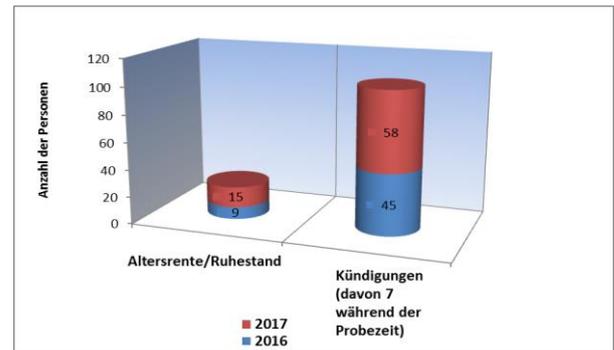


So stellte sich z.B. unsere neugewählte JAV bei der Personalversammlung mit einem eigens produzierten Video vor. Regelmäßige Sitzungen und der Austausch untereinander ermöglichen eine konstruktive Zusammenarbeit.

Die Vorbereitung und Durchführung von Personalratssitzungen, Personalversammlungen zählen ebenso zu den gesetzlich vorgegeben Aufgaben, sowie die verwaltungsinterne regelmäßige Öffentlichkeitsarbeit, z.B. die Erstellung des Personalrats-Infos, die Nutzung des Intranet oder anderen Informationsformen.

Im Jahr 2017 wurden 28 Personalratssitzungen, davon 2 außerordentliche Sitzungen durchgeführt.

Um sich intensiv mit der zum 01.01.2017 in Kraft getretenen neuen Entgeltordnung auseinandersetzen zu können, hat sich der Personalrat in einer Klausurtagung zur „Überleitung in die neue Entgeltordnung (VKA) und zum Eingruppierungsrecht des TVöD/-VKA“ beschäftigt.



Wie die Grafik erkennen lässt, steigt der Anteil der Beschäftigten oder Beamtinnen/Beamte, die in Altersrente oder Pension gehen. Mit einer weiteren Zunahme ist auch im laufenden Jahr zu rechnen.

Bei den Stellenbesetzungsverfahren (sowohl bei Stadt & TBO) ist und war der Personalrat beteiligt. Hinzu kamen Einstellungen von Auszubildenden, zahlreiche Arbeitszeitänderungen, Beschäftigungen während der Elternzeit, Beförderungen oder auch Kündigungen die u.a. im Personalratsgremium behandelt wurden.

Gerade bei internen Stellenbesetzungsverfahren setzte sich der Personalrat im Rahmen der Personalentwicklung für die Gleichsetzung bei der Zulassung der Bewerbenden ein. So macht es aus unserer Sicht keinen Sinn, Beschäftigte zu Verwaltungsfachwirt/innen fortzubilden, aber sie dann bei internen Auswahlverfahren nicht zuzulassen. Dies gilt auch für andere Berufsgruppen.

Die Organisationsveränderung im FB 9 in zwei Fachbereiche wurde durch den Personalrat grundsätzlich begrüßt. Allerdings nahm der Personalrat sowohl bei der Herangehensweise (wenig Transparenz und Beteiligung), als auch zum Verwaltungsvorschlag eine kritische Position ein und äußerte dies in seiner Stellungnahme und vor dem Gemeinderat.



Themen wie Fortbildung und Qualifizierung, Datenschutz, alternierende Telearbeit durch eine Dienstvereinbarung (DV) zu regeln, stand auch im vergangenen Jahr auf der Tagesordnung.